

20. Juni 2017

ÖKUMENISCHE INFORMATION

25

Nachrichten und Hintergründe
aus der Christlichen Ökumene
und dem Dialog der Religionen

Licht und Schatten in Wittenberg
Zwischen Konfirmandencamp und „Weltausstellung“

Seite 3

„Ökumenisch spannendes Jahr“
Jahresempfang der griechisch-orthodoxen Metropole

Seite 5

Phanar und Moskau nähern sich an
Kiewer Patriarchat beklagt „Verzögerungstaktik“

Seite 7

Ein Kind der Aufklärung
Vor 300 Jahren wurde die Freimaurerei gegründet

Seite 11

Noch gibt es Vorbehalte
Erste konservative Rabbinerin in Deutschland ordiniert

Seite 13

Dokumentation

Orthodoxie und Menschenrechte

„Keine sichere Realität, sondern bleibende Aufgabe“

Von Patriarch Bartholomaios I.

Christen laut Studie in weltweit 128 Ländern unter Druck

Washington Keine andere Religion muss weltweit so viele Repressalien erdulden wie das Christentum. Das ist das Ergebnis einer neuen Untersuchung des Pew Research Centers. Vor allem in mehrheitlich muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch in Nordafrika stehen christliche Gemeinschaften unter hohem Druck, so die Studie, die auf Zahlen des Jahres 2015 beruht. In 128 Ländern wurden christliche Gemeinschaften demnach durch Regierungen oder soziale Gruppen diskriminiert oder verfolgt. Dies sei auch Ausdruck der großen Zahl von Christen weltweit, hieß es. Sie stellten mit rund 2,3 Milliarden Gläubigen die größte Religionsgruppe der Welt. Auch seien Christen bis auf wenige Ausnahmen in allen Teilen der Welt zu Hause. Zu Übergriffen komme es indes nicht nur in Ländern, in denen Christen eine Minderheit stellen, sondern auch in einigen Staaten, in denen sie die Mehrheit in der Bevölkerung ausmachen: Pew nennt als Beispiel Nicaragua, ein Land mit fast 60 Prozent katholischer Bevölkerungsmehrheit. Aus dem Bürgerkriegsland Syrien berichten die Autoren, dass die Toleranz der Bevölkerung gegenüber nichtmuslimischen Religionen in dem Maße geschwunden sei, wie extremistische Gruppen an Einfluss gewonnen hätten. ●

Nuntius: IS konnte im Irak keine Christen zur Konversion zwingen

Madrid Nach Einschätzung des päpstlichen Nuntius im Irak, Erzbischof Martin Alberto Ortega, ist im Irak trotz der Verfolgung und Bedrohung durch die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) kein Christ zum Islam übergetreten. „Uns ist kein einziger derartiger Fall bekannt“, sagte der aus Spanien stammende Erzbischof dem spanischsprachigen katholischen Portal *Infocatolica.com*. Die Verfolgung und das Martyrium hätten die Christen der verschiedenen Konfessionen des Landes geeint. Die IS-Truppen hätten den Christen bei der Einnahme der irakischen Städte stets drei Optionen zur Wahl gestellt, so Ortega: Den Übertritt zum Islam, das Bezahlen einer

Sondersteuer für das Behalten des Eigentums oder das Verlassen der Stadt. Die meisten Christen hätten auf diese Weise alles verloren. Nach der Vertreibung des IS kehrten sie nun allmählich zurück und fänden ihre Häuser und Besitztümer zerstört und verbrannt vor. Caritas und „Kirche in Not“ hätten bereits jetzt „große Arbeit“ geleistet und die Christen unterstützt – beim Wiederaufbau der zerstörten Kirchen und Krankenhäuser in den christlichen Dörfern der Nive-Ebene um die weiterhin umkämpfte Stadt Mosul, oder auch durch die Bezahlung der Miete von Übergangswohnungen. Besonders würdigte Ortega die innere Haltung der Christen. Niemand von ihnen beschwere sich über die Vorfälle, „sie haben sogar Worte der Vergebung und beten für die Bekehrung jener, die sie vertrieben haben“, berichtete er. Vom Westen wünschten sie überraschenderweise nicht Geld oder Hilfe, „sondern dass wir unseren Glauben leben, da ihnen in Wahrheit das am meisten helfe“. ●

Southern Baptists verlieren Mitglieder in den USA

Phoenix Die Southern Baptists in den USA zeigen sich besorgt über einen anhaltenden Mitgliederschwund. Laut Zahlen des Unternehmens *LifeWay Christian Resources* verlor die größte protestantische Glaubensgemeinschaft der USA in den vergangenen zehn Jahren rund eine Million Mitglieder. Allein in den vergangenen drei Jahren hätten knapp eine halbe Million Baptisten ihrer Kirche den Rücken gekehrt, hieß es zum Abschluss des Jahrestreffens der Gemeinschaft in Phoenix. Deutlich rückläufig sei auch die Zahl der Taufen. Dabei gelten gerade diese als Indikator für eine positive Entwicklung. Im fünften Jahr in Folge verzeichneten die Gemeinden jedoch ein Minus. Mit rund 280.000 Taufen weist die Statistik für 2016 die niedrigste Zahl seit 1946 aus. Im Rekordjahr 1972 ließen sich noch rund 450.000 Menschen von den Southern Baptists taufen. Die Southern Baptists sind in den USA in rund 45.000 Gemeinden organisiert und haben weltweit mehr als 10.000 Missionare. Vor allem im Süden der USA hatten sie in der Vergangenheit starken gesellschaftlichen und politischen Einfluss. ●

Licht und Schatten in Wittenberg

Erfolgreiches Konfirmandencamp – kaum Gäste bei „Weltausstellung“

Von Benjamin Lassiwe

Wittenberg Oldenburgs Bischof Jan Janssen ließ sich auf Händen tragen. Als er am 16. Juni das große, von 1.400 Jugendlichen frequentierte Konfirmandencamp in der Lutherstadt Wittenberg besuchte, zeigte er den Teenagern aus seiner Landeskirche, was Vertrauen heißt: Er ließ sich von ihnen hochheben, zum „*Crowdsurfing*“ über ihren Köpfen. Und alle Beteiligten hatten dabei erkennbar jede Menge Spaß.

Was auch nicht überraschend ist, denn das große Zeltlager am Rande der Lutherstadt ist eines der großen Erfolgsprojekte im Reformationsjahr 2017: Zehn Wochen lang kommen hier Konfirmanden aus ganz Deutschland für jeweils eine Woche zusammen – wenn das Lager im August seine Tore schließt, werden 15.000 Jugendliche in Wittenberg gezeltet haben. Jugendgerecht beschäftigen sie sich mit biblischen Texten, lernen die Lutherstätten kennen und treffen auf Gleichaltrige aus ganz Deutschland. „Es geht darum, den Horizont zu erweitern“, sagt Janssen. Die Konfirmanden sollen andere Jugendliche aus anderen Gemeinden kennenlernen, nicht nur den eigenen Kirchturm sehen. Und in der letzten EKD-Studie zur Konfirmandenarbeit wurden die Konfirmandencamps nicht ohne Grund als das „Nonplusultra“ des Konfirmandenunterrichts beschrieben. „Wenn man das Camp besucht, spürt man einen fröhlichen Geist auf Basis des Glaubens“, sagt der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm.

Anderswo in Wittenberg ist das derzeit weniger spürbar. Seit Mitte Mai nämlich läuft in den Wallanlagen rund um die Stadt auch die große „Weltausstellung Reformation“: Landeskirchen, ökumenische Partner aus dem In- und Ausland, kirchliche Werke und Einrichtungen präsentieren sich mit Pavillons und Ständen den Menschen, die Wittenberg besuchen. Zum Beispiel die Evangelische

Landeskirche Anhalts: In zwei Überseecontainern stellt sie ihre Kirchengebäude und ihre Arbeit vor, sogar eine Nachbildung des Heiligen Grabes aus der ottonischen Stiftskirche St. Cyriakus in Gernrode können sich die Besucher ansehen. Wenn es denn Besucher gäbe. Einst war die Rede davon, dass man 1.000 Menschen am Tag erwartete. „In fünf Stunden kamen gerade einmal 20 Menschen vorbei“, sagte Hartmut Winter, der an diesem Tag Standdienst hatte.

Ähnlich sieht es an den meisten anderen Ständen aus. „Wir schätzen, dass jeden Tag nur 250 Leute auf dem Gelände sind“, sagt Pfarrer Fabian Voigt, der die Präsentation der Kirche in Hessen und Nassau verantwortet. Mit dem Segensroboter „Bless-U-2“ hatte die Landeskirche schon vor der Weltausstellung für Aufsehen gesorgt, 500.000 Euro hatte man in die Präsentation investiert – „zum Beispiel in den Wachschatz, den wir hier jeden Abend haben“. Natürlich hätten weniger Besucher auch Vorteile: „Die seelsorgerlichen Gespräche, die wir hier am Stand haben, werden intensiver“, sagt Voigt. Doch eine gewisse Enttäuschung kann in Wittenberg derzeit niemand verhehlen. „Statt für Wittenberg zu werben, hat man pseudointellektuelle Plakate geklebt, die die Menschen kaum verstehen“, sagt Voigt. Mit Slogans, die zumindest kryptisch wirkten: „Wie kommt das Himmelblau ins Alltagsgrau?“, war dort etwa zu lesen. Tatsächlich haben viele Helfer ein und denselben Eindruck: Die Menschen, die nach Wittenberg fahren, wollen die Lutherstätten sehen – und keine Weltausstellung.

„Die Stadt ist voll“, sagt auch Albrecht Voigt. Von seinem Namensvetter ist er 500 Meter Luftlinie entfernt: Im Hof der katholischen Pfarrkirche betreut er ein kleines Café, in dem das Bistum Magdeburg und die Deutsche Bischofskonferenz zu Begegnungen einladen. Doch an einem Samstagmittag gegen

13 Uhr waren erst sieben Besucher vorbeigekommen. „Die Menschen laufen die Kollegienstraße entlang“, beobachtet Voigt. Sie besuchten das Lutherhaus, das Panorama des Künstlers Yadegar Asisi, sowie die Stadt- und die Schlosskirche, in denen Luther predigte. Die Präsentation der katholischen Kirche an der katholischen Stadtkirche Wittenbergs werde, wie der Rest der Weltausstellung, von den Besuchern nicht wahrgenommen. „Das ist ein sehr gut vorbereiteter Flop.“

Tatsächlich haben die EKD und der Trägerverein des Reformationsjubiläums rund 20 Millionen Euro in die Weltausstellung des Protestantismus investiert, sagt Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Trägervereins. Bisher seien 4.000 Dauerkarten und 40.000 Tageseintrittskarten verkauft worden. 100.000 bräuchte der Trägerverein, damit sich die Ausstellung finanziell trage. „Es ist alles nicht

so voll, wie wir es gerne hätten“, bestätigt auch Schneider. Veranstaltungen in den Pavillons seien oft leer, manchmal fielen sie auch aus, weil nicht genügend Besucher zusammenkommen. Nun wollen die Veranstalter große Pflastersteinaufkleber installieren, um die Besucher aus der Innenstadt zu den Höhepunkten der Weltausstellung zu lotsen. Und die Werbung soll noch einmal intensiviert werden. Zumal das Programm der Weltausstellung auch für Menschen Höhepunkte bietet, die eigentlich gar nichts mit der Kirche zu tun haben: Konzerte von Yvonne Catterfield etwa, von den Prinzen oder von Leith al Deen. „Wir hoffen, dass es sich noch einmal ändert, wenn in den Bundesländern die Sommerferien beginnen“, sagt auch der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Dann könnten auch Menschen, die von weiter herkämen, die Ausstellung besuchen. „Bessere Besucherzahlen wünschen wir uns aber auf jeden Fall.“ ●

Reformationsgedenken anderer Art: SELK lädt zum Festwochenende

Berlin Nicht allein die in der EKD zusammengeschlossenen Landeskirchen erinnern an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren: Vom 23. bis zum 25. Juni feiern auch Evangelisch-Lutherische Kirchen, die zum weltweiten Internationalen Lutherischen Rat gehören, in Berlin und Wittenberg unter dem Motto „Freude in Christus – Getröstet und befreit 500 Jahre Reformation feiern.“ Der Internationale Lutherische Rat (*International Lutheran Council – www.ilc-online.org*) ist ein Zusammenschluss konfessionell evangelisch-lutherischer Kirchen, zu der auch die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) in Deutschland gehört.

Das Festwochenende beginnt mit einer Vortrags- und Gesprächsveranstaltung in Berlin über Chancen und Herausforderungen für die lutherische Kirche im 21. Jahrhundert, wie die SELK weiter mitteilte. Der zentrale Festgottesdienst am 24. Juni um 13 Uhr in der Stadtkirche St. Marien in Wittenberg stelle mit Blick auf die 95 Thesen Martin Luthers das Thema Buße und Beichte ins Zentrum. Die Predigt hält der Bischof der SELK und ILC-Vorsitzende, Hans-Jörg Voigt. Der Freispruch von Sünden soll dabei unter

Handauflegung zugesprochen werden. Gelegenheit zur Teilnahme an Gottesdiensten mit Feier des Heiligen Abendmahls besteht für Besucher des Jubiläumswochenendes am 25. Juni um 10 Uhr in allen Gemeinden der SELK in Berlin und Potsdam. Der 25. Juni wird in der lutherischen Kirche als Gedenktag des Augsburgischen Bekenntnisses begangen, des grundlegenden Bekenntnisses dieser Konfession. „Mit der Wahl dieses Tages wird deutlich gemacht, dass sie bei aller Wertschätzung nicht die Person Martin Luthers, sondern die aus der Heiligen Schrift geschöpfte Wahrheit evangelisch-lutherischer Bekenntnisse in den Vordergrund stellt“, betonte die SELK. Als Gastprediger werden Präsidal- und Bischöfe von Schwester- und Partnerkirchen der SELK über den 4. und 5. Artikel des Augsburgischen Bekenntnisses sprechen. Die leitenden Geistlichen treffen sich vor dem Wochenende zu einer Tagung des Exekutiv-Komitees des ILC und der Europäischen Lutherischen Konferenz in Berlin. ●

www.kirche-berlin-brandenburg.de/index.php/de/kirchenbezirkberlinbrandenburg/veranstaltungen-2017/programm-selk

„Ökumenisch spannendes Jahr“

Jahresempfang der griechisch-orthodoxen Metropole

Von K. Rüdiger Durth

Bonn „2017 ist ein ökumenisch spannendes Jahr – auch für die Kirchen, die nicht auf die Reformation zurückgehen.“ Mit diesen Worten begrüßte Metropolit Augoustinos von Deutschland die vielen Gäste mit dem rheinischen Präses Manfred Rekowski an der Spitze zum traditionellen Jahresempfang aus Anlass des Namenstags des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. in der Bonner Metropolitankirche Agia Trias, der mit einer feierlichen Doxologie begann. In seiner Ansprache erinnerte Augoustinos daran, dass rund zwei Millionen orthodoxe Christen in Deutschland „als integrierter Bestandteil der Gesellschaft“ lebten. Die größte orthodoxe Kirche ist die griechische.

Schmunzeln erntete der Metropolit, als er seinen „lieben Freund Bischof July“ aus Württemberg begrüßte und darauf hinwies, dass Wittenberg und Württemberg im Griechischen „fast gleich klingen“ und deshalb auch dauernd verwechselt würden: Manche würden sagen, dass die württembergische Landeskirche „so evangelisch sei, dass man glauben könnte, Martin Luther und seine Reformation seien eigentlich von Württemberg ausgegangen“.

Frank Otfried July hörte solche Worte nicht ungerne und erinnerte daran, dass er „Eure Seligkeit“ seit 30 Jahren kenne. Er hatte sich für seine Ansprache das Thema „Von Gott reden im öffentlichen Raum – eine Zeitansage“ ausgesucht. In Baden-Württemberg gehörten noch drei Viertel der Menschen einer christlichen Kirche oder Gemeinschaft an, führte er aus, und das Verhältnis von Staat und Kirche erfülle die Forderung des Grundgesetzes, „getrennt und doch partnerschaftlich verbunden“ zu sein. „Religion ist persönlich, aber keine Privatsache“, betonte der Landesbischof. Auch wenn sich die Rahmenbedingungen für die Kirchen im öffentlichen Raum veränderten und zum Teil auch schwieriger würden, so seien sie immer neu auszuloten und zu nutzen.

Unter Hinweis auf den Philosophen Jürgen Habermas meinte July, es gelte immer wieder neu, den christlichen Glauben „anschlussfähig und verstehbar“ zu machen. Dafür gebe es freilich keine einfachen Rezepte. Aber ein prophetisches Wächteramt könne die Kirche nur dort ausüben, „wo sie auf Grenzen der Zeitanpassung bei gleichzeitiger wacher Zeitgenossenschaft beharrt“. Zugleich forderte er die Christen unterschiedlicher Konfessionen auf, gemeinsam zu erproben, wie Dialoge über Religion und Gesellschaft auch künftig zu führen seien. „Nämlich offen und zugleich profiliert.“

Wörtlich sagte der Landesbischof: „Wir müssen auch weiterhin im öffentlichen Raum von Gott reden. Dies ist zum einen unser biblischer Auftrag; es ist aber zum anderen auch ein unerlässlicher Beitrag für unsere Gesellschaft ... Unsere Rede soll profiliert, transparent, differenziert und glaubensbewusst sein; aber auch offen für den Austausch mit Anders- und Nichtgläubigen. Das ist nicht immer leicht. Dennoch müssen wir es tun.“

Der württembergische Landesbischof ging in seiner Rede auch auf den Kirchentag in Berlin und Wittenberg ein. In der Zeit des Kirchentags Ende Mai sei aus der „säkular geprägten Hauptstadt“ ein „öffentlicher Ort der Gottesdienste, Gespräche und Begegnungen über den Glauben und seine Verantwortung in und für diese Welt geworden“. Ein Zeichen sei dies dafür, dass es möglich sei, auch in einem säkularen Umfeld immer wieder Gottes Wort zur Sprache zu bringen. Und dies sei auch immer neu zu tun und zu wagen: „Glaube ist von Beginn an ein kommunikatives Geschehen.“ Nur kurz streifte er das Problem des wachsenden Fundamentalismus und des Entstehens von religiös motivierter Parallelgesellschaften. Hier komme es darauf an, dass alle gemeinsam ihren Beitrag leisteten, um solche Entwicklungen zu verhindern. ●

Kardinal Marx: Christen sollen Einheit weiter vorantreiben

Berlin Ökumenische Akzente an Fronleichnam: Auf dem Münchner Marienplatz rief der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, die Gläubigen auf, die Einheit der Christen weiter voranzutreiben und als Getaufte gemeinsam Zeugnis für den Glauben abzulegen. „Katholisch sein bedeutet nicht, gegen andere zu sein, sondern es bedeutet, die Fülle des Glaubens bezeugen zu wollen.“ Gerade am Fest Fronleichnam gelte es deutlich zu machen: „Wir streben die Einheit aller Christen an.“ Die Unterschiede zwischen den Konfessionen dürften nicht übersprungen werden, sagte der Kardinal mit Blick auf die 500 Jahre der Trennung von katholischer und evangelischer Kirche. Entscheidend sei jedoch der Wille, „nicht gegeneinander, sondern miteinander“ weiterzugehen. Das Wort „katholisch“ im Glaubensbekenntnis bedeute „nicht eine konfessionelle Verengung, sondern einen Blick auf die ganze Kirche“. Er hoffe, so der Erzbischof von München und Freising, dass die Christen durch das Reformationsgedenkjahr angeregt würden, „Schritte auf diese sichtbare Einheit in verschiedenen Ausdrucksformen zu gehen“

und diesen Weg später weiter fortzusetzen. Gerade in einer Gesellschaft im Umbruch gehe es darum, gemeinsam ein „lebendiges Zeugnis“ abzulegen, betonte der Kardinal.

An der Fronleichnamfeier auf dem Berliner Gendarmenmarkt nahm erstmals der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, teil. In einem Grußwort sagte er, dass dies seine erste Teilnahme an einem Fronleichnamsgottesdienst überhaupt sei. Es sei ein Zeichen, „dass es in der Ökumene nicht nur schöne Worte gibt“, sondern dass die Kirchen einander achteten, auch in der „schwierigen Frage“ des Abendmahls. Der evangelische Bischof erinnerte daran, dass der Karfreitag und das Fronleichnamsfest früher „Kampftage der Konfessionen“ gewesen seien. Durch wechselseitige Provokationen hätten Protestanten und Katholiken ihre Geringschätzung der unterschiedlichen Frömmigkeitsformen zum Ausdruck gebracht. „Diese Zeiten sind vorbei“, betonte Dröge unter Applaus, „auch in Berlin weht ein anderer Geist“. ●

Kardinal Lehmann: Ausstellung in Zeitz ist Ansporn für Ökumene

Zeitz Kardinal Karl Lehmann hat der Ausstellung über den katholischen Bischof Julius Pflug (1499-1564) in Zeitz hohes Lob gezollt. Die Schau über den Zeitgenossen Martin Luthers passe „sehr gut in das 500-jährige Reformationsgedenken des Jahres 2017“, erklärte der frühere Mainzer Bischof beim Auftakt einer Vortragsreihe zur Ausstellung. „Wir haben ihn als Kirche viel zu lange vergessen“, betonte Lehmann mit Blick auf die Bemühungen Pflugs, die Einheit der Kirche zu wahren. Die Schau biete nun „für die nächste Zukunft eine unerschöpfliche Quelle sowie einen untrüglichen Ansporn für den gemeinsamen ökumenischen Einsatz“. Die Ansprache wurde wegen einer Erkrankung des Kardinals vorgetragen. Die Ausstellung gilt als bedeutendste ökumenische Schau zum Reformationsgedenkjahr (vgl. *KNA-ÖKI* v. 13.6.17). ●

ACK-Vorstand von Papst Franziskus empfangen

Frankfurt Als Chance für die Ökumene sieht die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) das Reformationsgedenkjahr. In ihren Bemühungen sehe sie sich auch von Papst Franziskus bestärkt, teilte die ACK in Frankfurt mit. Während eines Besuchs in Rom in der vergangenen Woche habe der ACK-Vorstand dem Papst von den Aktivitäten zum Reformationsjahr berichtet. In Rom traf der Vorstand auch Mitglieder der Waldenserfakultät, den Repräsentanten der Anglikanischen Kirche in Rom und den Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch. Franziskus habe die ACK in ihren Bemühungen bestärkt, die Gemeinsamkeiten der Kirchen zu betonen und das Miteinander zu fördern. Besonders habe er sich für das Engagement für den ökumenischen Tag der Schöpfung bedankt. ●

Phanar und Moskau nähern sich an

Kiewer Patriarchat beklagt „Verzögerungstaktik“ Bartholomaios I.

Von Heinz Gstrein

Istanbul/Charkiw Eine Wiederannäherung hat sich zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. angebahnt: Nach mehrjährigen Spannungen, die im Problem kirchlicher Neuordnung in der Ukraine wurzelten, war das Moskauer Patriarchat sogar dem orthodoxen Konzil auf Kreta 2016 ferngeblieben. Nun hat wieder ein hochrangiger Kirchenmann aus Russland den Istanbuler Phanar besucht: Patriarch Kyrill I. entsandte seinen Vertrauten, Bischof Antonij Sevruk von Bogordsk (sowjetisch Noginsk) bei Moskau, zum Namensfest von Bartholomaios am 11. Juni. An der Spitze einer Gratulanten-Abordnung überbrachte er dem Primas der griechisch-orthodoxen Kirchenfamilie die Glückwünsche ihres russischen Zweigs und den Wunsch seines Oberhauptes nach Festigung von Einheit und Eintracht in der Orthodoxie.

Der 43-jährige Patriarchalvikar kommt aus der internationalen orthodoxen Jugendbewegung „*Syn-desmos*“, die nach der Wende auch im vormaligen Ostblock Fuß fassen konnte. Nach dem Theologiestudium in St. Petersburg und erstem Wirken im kirchlichen Außenamt der Russischen Orthodoxen Kirche machte ihn Patriarch Kyrill 2009 zu seinem Privatsekretär. Im Herbst 2015 weihte er ihn zum Bischof, ernannte ihn zum – meist in Moskau residierenden – Administrator der russischen Gemeinden in Rom und ganz Italien bis nach Meran in Südtirol und vertraute ihm zudem die Zuständigkeit für alle ausländischen Institutionen seines Patriarchats an. Antonij wurde damit zu einem der führenden Mitarbeiter der Moskauer Kirchenleitung.

Wenige Tage später stellte sich bei Bartholomaios I. vom Berg Athos Abt Evlogij Ivanov ein, neuer Vorsteher des dortigen „Russen“-Klosters St. Panteleimon. Er ist die wichtigste monastische Persönlichkeit des Moskauer Patriarchats außerhalb von Russland. Evlogij, seit 1988 Mönch am Heiligen

Berg, wurde schon Anfang Oktober 2016 gewählt. Sein schon damals fälliger Antrittsbesuch beim Ökumenischen Patriarchen, der für den Athos zuständig ist, hatte sich aber hinausgezogen.

Das neue Zusammenfinden zwischen dem Phanar und Moskau wird indirekt auch von ukrainischer Kirchenseite bestätigt. Der Sprecher des aus der russischen Kirche gelösten „Kiewer Patriarchats“, Erzbischof Evstratij Zorja von Tschernihiw, beklagte sich über eine „Verzögerungstaktik“ von Bartholomaios bei der Anerkennung der moskaufreien ukrainischen Orthodoxie und der Verleihung voller kirchlicher Selbstständigkeit (*Autokephalie*). Mit diesem Wunsch liegen die von der russischen Orthodoxie abgetrennten, aber kanonisch nach wie vor nicht anerkannten ukrainischen „Nationalkirchen“, aber vor allem Spitzenpolitiker aus Kiew, dem Ökumenischen Patriarchen schon fast ein Jahrzehnt in den Ohren. Dieser wolle sich aber – so Erzbischof Evstratij – nicht mit Moskau überwerfen und vertröste die Ukrainer. Sollten diese aber doch die Autokephalie erlangen, werde es aus dem Phanar heißen: „Wir hatten euch von Anfang an unterstützt.“

Unterdessen feierte die moskautreue autonome Ukrainische Orthodoxe Kirche den 25. Jahrestag ihrer 1992 in Charkiw abgehaltenen Beharrungs-Synode zum Verbleiben innerhalb der russisch geführten Orthodoxie. Diese Kirchenversammlung hatte das Kiewer Patriarchat verurteilt sowie seinen Initiator Metropolit Filaret Denisenko abgesetzt und laisiert. An seiner Stelle wurde der versöhnliche und ökumenisch profilierte Wolodymyr Sabodan gewählt. Dessen heutiger Nachfolger, Metropolit Onufriy Berezovskiy, bezeichnete am anschließenden „12. Gesamtukrainischen Jugendtag“ die jungen Orthodoxen als Zukunftsgeneration für die Kirche. Von ihr sei auch Überwindung der Spaltungen und ein Aussterben der alten Konflikte zu erhoffen. ●

Neuer Metropolit und neue Hoffnung für syrische Christen

Hama In Teilen Syriens beginnt sich das kirchliche Leben nach über sechs Jahren Bürgerkrieg und Christenverfolgung durch Terrormilizen endlich zu beruhigen. Der Wiederaufbau zerstörter Kirchen, Klöster, Krankenhäuser und Schulen hat begonnen. Die ersten Flüchtlinge kehren aus anderen Gebieten des Landes sowie aus dem Libanon und der Türkei in ihre Heimatsorte zurück.

Augenfällig wurde diese Wende zum Besseren zuletzt im mittelsyrischen Hama bei der Amtseinführung ihres neuen griechisch-orthodoxen Bischofs, Metropolit Nikolaus Baalbaki. Die Großstadt im Tal des Orontes mit mehr als 100.000 Christen unter knapp einer Million Einwohnern war schon früh Schauplatz von Gewalt seitens der syrischen Muslimbrüder. Ihre Aufstände von 1981 und 1982 wurden durch den damaligen Machthaber Hafes al-Assad grausam niedergeschlagen. Schon darin sind Wurzeln für den andauernden Bürgerkrieg zu suchen. Hama wurde rasch ein Zentrum des sogenannten „Arabischen Frühlings“. Dort erklang im Juni 2011 erstmals das Protestlied „Raus, verschwinde Hafes-Sohn!“, gerichtet an den heutigen Diktator Baschar al-Assad. Es wurde zur Hymne des Aufbegehrens gegen dessen Regime. Doch fand sich die Leiche des Liedermachers bald im Orontes: Die Mörder hatten dem Sänger zuvor die Stimmbänder weggeschnitten.

Hass und Rachedurst der Rebellen richteten sich daraufhin gegen die Christen der Stadt. Diese beteiligten sich nicht an dem Aufstand. Sie wurden zum Freiwill für bewaffnete Islamistengruppen, von den Freischaren der Muslimbrüder bis zum noch brutaleren „Islamischen Staat“ (IS). Inmitten von Tod, Feuer, Raub und Vergewaltigung hielt der greise Metropolit Elie Saliba mit einer schwindenden Schar von Priestern und Gläubigen aus – die meiste Zeit im Keller seines Bischofssitzes. Nachdem sich die Lage in Hama seit dem vergangenen Herbst langsam beruhigt hatte, stattete ihm Patriarch Johannes X. von Antiochia im Februar einen Dankesbesuch für sein Ausharren ab. Das Christenviertel um die Marienkirche der Altstadt war

damals weitgehend zerstört. Doch zeigte sich der von den Entbehrungen der Kriegsjahre gezeichnete Elie Saliba voll Tatkraft und Plänen für den Neuanfang. Doch im Mai verstarb er im 95. Lebensjahr.

Zu seinem Nachfolger wählten Klerus und Volk von Hama einen Sohn der Stadt, Bischof Nikolaus Baalbaki, seit sechs Jahren Vikar des Patriarchen in Damaskus. Mitte Juni gestaltete sich seine Amtseinführung zum ersten frohen Fest nach mehrjährigem Leid. Noch immer fehlt es in Hama an vielem, Lebensmitteln, sauberem Trinkwasser und Medikamenten. Viele Wohnungen der Christen sind verwüstet und vorläufig unbewohnbar, der Mariendom steht ihnen als einzige nur leicht beschädigte Kirche zur Verfügung. Er vermochte jetzt die Gläubigen kaum zu fassen, die von überallher zusammenströmten. Metropolit Nikolaus sprach ihnen Mut zu und legte sein Programm für Wiederaufbau, Versorgung mit dem Lebensnotwendigen, Arbeitsbeschaffung und Öffnung der christlichen Schulen im kommenden Herbst dar. Neben den Orthodoxen haben sich auch viele Katholiken der Stadt mit ihren Geistlichen eingefunden. Sie versprachen, mitzuhelfen: „Wir haben zusammen ohne Unterschied der Konfession leiden müssen: Nun wollen wir auch gemeinsam die Zukunft meistern.“ ●

Wenig Interesse an Religionsunterricht in Russland

Moskau Dämpfer für Russlands orthodoxe Kirche: Nur sieben Prozent der erwachsenen Russen wünschen sich laut einer Umfrage mehr Religionsunterricht an den Schulen des Landes. 52 Prozent sprechen sich hingegen für eine Stärkung des Fachs Geschichte aus, wie das unabhängige Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum mitteilte. Die orthodoxe Kirche drängt seit langem darauf, dass Religion von der ersten Klasse bis zum Abitur unterrichtet wird. Auch Politiker machen sich dafür stark. Bislang haben nur alle Viertklässler das Fach „Grundlagen der religiösen Kulturen und säkularen Ethik“. ●

Orthodoxe Absage an „Sterbehilfe“

Brüssel Eine klare Absage an jede Form von als „Sterbehilfe“ beschönigter Euthanasie hat die griechisch-orthodoxe Bischofskonferenz von Benelux bei ihrer jüngsten Vollversammlung beschlossen. Unter dem Vorsitz von Metropolit Athenagoras Peckstadt vom Ökumenischen Patriarchat unterstützten Erzbischof Simon Ischunin (Patriarchat Moskau), Erzbischof Michail Donskov (Russische Auslandskirche) sowie die Bischöfe Marc Alfric (Rumänisches Patriarchat) und Dosipe Bogveradze (Georgisches Patriarchat) eine Erklärung ihrer katholischen Amtsbrüder besonders gegen die Euthanasie für Jugendliche und psychisch Kranke. Die Achtung vor der Menschenwürde müsse weiter höherstehen als falsches Mitleid oder gar Geschäftemacherei um Sterben und Tod. Die orthodoxe Praxis ist nachsichtig mit Kranken, die bei unerträglich scheinenden Schmerzen und Ängsten den Wunsch zu sterben haben. Zugleich wendet sich die Orthodoxie gegen jede Befürwortung oder gar gewerbsmäßige Organisation einer aktiven Sterbehilfe. Die ostkirchliche Spiritualität empfiehlt, das menschliche „Absterben“ mit all seinen körperlichen und seelischen Qualen nach Möglichkeit als Teilnahme an Kreuz und Erlöserleiden von Jesus Christus anzunehmen und durchzustehen. ●

Katholische Kirche kritisiert Schriftstellerin Alexijewitsch

Minsk Mit Aussagen über die Möglichkeit eines Krieges zwischen Katholiken und orthodoxen Christen hat die Literaturnobelpreisträgerin von 2015, Swetlana Alexijewitsch (69), in Weißrussland Empörung ausgelöst. Im kremlkritischen Moskauer TV-Sender Doschd hatte die weißrussische Schriftstellerin am 9. Juni gesagt: Wenn Moskau Weißrussland Panzer und ein paar gepanzerte Fahrzeuge mit Soldaten geben würde, könnten „dort Katholiken einen Krieg gegen orthodoxe Christen oder egal wen beginnen“. Der katholische Minsker Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz antwortete Alexijewitsch in einem offenen Brief, solch eine Entwicklung sei in

Weißrussland „unvorstellbar“. Die ökumenischen Beziehungen seien in der ehemaligen Sowjetrepublik „sehr gut“ und ein „gutes Vorbild für die ganze Welt“. Die katholische und die orthodoxe Kirche kümmerten sich sehr um ein gutes Verhältnis miteinander, so der Vorsitzende der Weißrussischen Bischofskonferenz. Er hoffe, dass Alexijewitsch nicht die Absicht hatte, die Katholiken des Landes zu diskreditieren. „Man muss aber daran erinnern, dass nicht nur Panzer und Waffen verletzen und töten können, sondern auch Worte. Personen des öffentlichen Lebens müssen ihre Verantwortung für ihre Worte bedenken“, betonte Kondrusiewicz. Alexijewitsch dürfe keine religiösen Konflikte hervorrufen. Zudem solle sie die Religionsfreiheit aller Menschen respektieren. Die Schriftstellerin stellte daraufhin klar, dass sie in dem Interview nur eine „Metapher“ verwendet habe: „Ich habe nicht gemeint, dass Katholiken Krieg gegen orthodoxe Christen führen werden“, sagte Alexijewitsch dem weißrussischen Internetportal *tut.by*. Sie sei zum Ukrainekonflikt befragt worden und habe den russischen Präsidenten Wladimir Putin für den Krieg im Donbass verantwortlich gemacht. „Ich hätte sagen sollen, dass orthodoxe Christen einen Krieg gegen Katholiken führen könnten und dass orthodoxe Christen in der Ukraine orthodoxe Christen töten“, meinte sie nun. ●

Moskauer Besuch zum Reformationsjubiläum

Hannover Eine Delegation des Moskauer Patriarchats der russisch-orthodoxen Kirche hat in der vergangenen Woche Halle und Wittenberg besucht. Wie die Abteilung Ökumene und Auslandsarbeit der EKD in Hannover mitteilte, verstand sich der Besuch als Beitrag der russischen Kirche im Reformationsgedenkjahr. Unter der Leitung des Petersburger Theologen Vladimir Khoulap sprach die Gruppe mit dem Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg, Dirk Evers, über Möglichkeiten einer vertieften Kooperation. In Wittenberg besuchten die Gäste einen evangelischen Gottesdienst und informierten sich über die Aktivitäten im Rahmen des Reformationsjubiläums. ●

International und traditionsreich

175 Jahre anglikanische Gemeinde Bonn

Von Alexander Brüggemann

Bonn Am Anfang stand die Romantik. Die Ursprünge der Bonner anglikanischen Gemeinde gehen nicht erst auf Bundeshauptstadtzeiten zurück, sondern bis 1842. 175 Jahre Geschichte. Das kam so: Die Erfindung der Dampfmaschine hatte im ausgehenden 18. Jahrhundert die Grundlage für die Entwicklung von Massentransportmitteln gelegt. Dampfschiff und Eisenbahn eröffneten die Ära des Tourismus. Die Rheinromantik, kräftig befördert durch die „Rheinreise“ von 1835, den ersten Reiseführer von Karl Baedeker, brachte damals zahlreiche Briten (teils dauerhaft) nach Bonn. „*Kings and governments may err; but never Mr. Baedeker*“, so hieß es. Das Bonner Adressbuch von 1859/60 führt 396 anglikanische Bürger auf – von damals rund 17.500 Einwohnern. Auf dem Alten Friedhof befinden sich heute noch rund 70 britische (inklusive irische) Gräber.

Was aber sind Anglikaner eigentlich? Ganz grob gesagt eine Zwischenform zwischen Katholizismus und Protestantismus, beheimatet vor allem in England, dem Commonwealth sowie in früheren britischen Kolonien. Sie entstand, als sich König Heinrich VIII. im Streit um seine Ehescheidung von Rom lossagte und eine englische Staatskirche gründete – mit sich selbst als Kirchenoberhaupt. Nachdem die beiden Weltkriege und damit die deutsch-britische Kriegsgegnerschaft die Gemeinde schwächten, kamen in der britischen Besatzungszeit und der „Bonner Republik“ Botschafts- und Militärangehörige sowie Journalisten neu hinzu. Naturgemäß brachte der Umzug von Parlament, Bundesregierung und Behörden nach Berlin 1991 einen neuerlichen Aderlass mit sich. Traditionell enge Beziehungen gibt es bereits seit den 1870er Jahren zur altkatholischen Kirche, deren Bischof in Bonn ansässig ist.

Die anglikanische Gemeinde heute ist international bunt gemischt, wie die Gemeinderäte Jill Wolff und Geoff Sammon berichten. Viele sind mit einem deut-

schon Partner verheiratet, manche auch kurz- oder längerfristig aus beruflichen Gründen hier, etwa als Mitarbeiter der Bonner UN-Institutionen. Es gibt Mitglieder aus Indien, Taiwan, Jamaika, Wales und Schottland. Hinzu kommen einige anglophile Deutsche und solche, die ihrer eigentlichen Gemeinde den Rücken gekehrt haben. Die anglikanischen Gemeinden in Deutschland gehören zur Diözese Gibraltar und Europa – die Pfarreien von Marokko über Portugal, Skandinavien bis zum Balkan und das Gebiet der früheren Sowjetunion umfasst. Allerdings residiert der Bischof inzwischen in London. Bonn bildet mittlerweile eine Doppelgemeinde mit Köln; weitere anglikanische Gemeinden gibt es zum Beispiel in Berlin, Düsseldorf und Hamburg.

Die Bonner Gemeinde ist im Stadtteil Beuel ansässig: in der Pauluskirche, dem letzten Kirchenbau von Dominikus Böhm (1880-1955), errichtet 1956 bis 1958. Rund 20 bis 40 Männer, Frauen und Kinder feiern dort sonntags Gottesdienst. Danach bleiben die Mitglieder, die teils eine weite Anreise haben und sich unter der Woche nicht oft sehen, noch zu Kaffee oder Tee zusammen. Vor allem in der Adventszeit gibt es gute Gelegenheiten, anglikanisches Leben kennenzulernen – etwa den traditionellen Weihnachtsbasar (2. Dezember) mit britischen Lebensmitteln wie *Christmas Pudding*, *Chutneys* und *Currys*, selbstgemachten Marmeladen, Knallbonbons („*Christmas Crackers*“), mit englischen Büchern, Weihnachtskarten und Selbstgenähtem. Ein liturgisches Highlight: das „*Festival of nine lessons and carols*“. Bei diesem traditionellen Adventsgottesdienst (18. Dezember) wechseln neun Schriftlesungen ab mit den schönen englischen Weihnachtsliedern, die aus vollem Herzen mitgesungen werden. Das Festjahr zum 175. Geburtstag wird mit diversen Veranstaltungen gefeiert. Ein Höhepunkt ist am 24. Juni ein Festgottesdienst mit dem Bischof von Europa, David Hamid, in der Bonner Schlosskirche. ●

Ein Kind der Aufklärung

Vor 300 Jahren wurde die moderne Freimaurerei gegründet

Von Anselm Verbeek

„Er ist ein Prinz“, rühmt in Mozarts „Zauberflöte“ ein Priester bei der Aufnahme Tamino in den „Bund der Eingeweihten“. „Noch mehr – er ist ein Mensch“, steigert Sarastro, der Oberpriester: Über jedem sozialen Status steht die Menschenwürde. Hinter der Maskerade des Isiskults im alten Ägypten verbirgt sich eine Initiation in die Mysterien der Freimaurer. Mozart und sein Librettist Schikaneder waren Brüder einer Loge, in die Haydn eingeführt hatte. Ein Ritual mit Symbolen einer kodierten Sprache, die dem Publikum der Premiere 1791 – Todesjahr des 35-jährigen Komponisten – meist ein offenes Geheimnis war: Galten doch die Freimaurer als geistige Väter der französischen Revolution, die Standesschranken einriss und Hochadlige veranlasste, sich *citoyen égalité* zu nennen. Für die Freunde einer Loge dichtete Schiller seine „Ode an die Freude“, die in der Europa-Hymne nach Beethoven fortjubelt: „Alle Menschen werden Brüder“. Noch hatte die blutige Realität des Terrors der Guillotine den großen Traum von Freimaurerei und Aufklärung nicht verdunkelt.

Vor 300 Jahren, am Festtag des Maurerpatrons Johannes Baptist, dem 24. Juni 1717, wurde die moderne Freimaurerei in London gegründet. Das Kind der Aufklärung, Motor der Fortschrittsideen von *liberté, fraternité, égalité*, stand in der Tradition mittelalterlicher Bauhütten. Vier Bruderschaften von Werkmaurern vereinten sich zur *United Grand Lodge of England*. Die geheimen Zeichen und Rituale, womit die hochqualifizierten und privilegierten Steinmetz-Bruderschaften des Kathedralbaus sich von gemeinen, zünftig und ortsgebunden organisierten Maurern gesondert hatten, behielten die Logenbrüder bei. Zirkel, Winkelmaß und Schurz sind die wohl bekanntesten Symbole aus der Arbeitswelt, die in den nun spekulierenden „Bauhütten“ der freien Maurer, den *lodges der freemasons*, fortlebt. So konträre Persönlichkeiten

wie Kaiser Wilhelm I. oder US-Präsident Harry S. Truman hatten keine Bedenken, sich mit Maurerschurz porträtieren zu lassen.

Eine breite Basis in umstrittenen Religionsfragen zu finden, war der zündende Gedanke der Londoner Logengründer am Johannistag 1717. Europa war ausgeblutet nach dem Glaubenskrieg, sehnte sich nach Harmonie. 1689 hatten in England die Gegner eines absolutistischen Königtums in der *Glorious Revolution* gesiegt. Die Glaubensfrage war mit der des politischen Systems eng verknüpft. Hinter den katholischen Stuarts stand Ludwig XIV. Der Autokrat hatte den Hugenotten in Frankreich alle bürgerlichen und politischen Rechte, von Heinrich IV. im Toleranzedikt von Nantes gewährt, aberkannt.

Religion als Privatsache

Die Londoner Maurer wollten Streitfragen aus der Loge möglichst fernhalten. Die Bruderschaft sollte ein Ort der freien Meinung, Religion Privatsache sein: Ein Gedanke, den das liberale, oft in Logen organisierte Bürgertum auf seine Fahnen schreiben sollte. Die *Grand Lodge* beauftragte einen Prediger, die *Constitutions of The Free-Masons* zu verfassen. Die englische Revolution 1689 war als „glorreiche“ gefeiert worden, weil kein Blut geflossen war. Nie wieder sollte jemand um seines Glaubens willen getötet werden, so die Freimaurer wie etwa Goethe oder sein Freund Dalberg, der letzte Fürstbischof, die sich als Weltbürger verstanden. Erstmals wurde das ferne kosmopolitische Ziel einer Religion genannt, der alle Menschen angehören: eine „*Religion in which all men agree*“.

Die Satzungen der Londoner Großloge, die *Old Charges* von 1723, haben die Freimaurerei vor allem in den angelsächsischen Ländern geprägt,

wo sie den größten gesellschaftlichen Einfluss besitzen; von der Bostoner Loge ging die Initialzündung zum Unabhängigkeitskrieg aus, die Gründerväter der Vereinigten Staaten wie George Washington oder Benjamin Franklin waren Freimaurer. Das Verhältnis der Loge zur Religion wird bestimmt vom Deismus, dem Gottesbild der Aufklärung. Der Schöpfergott der Bibel wird entrückt als „*Great Architect of the Universe*“ im Kosmos-Urbeginn. Weder Atheist noch Freidenker sollte ein dem „Sittengesetz“ verpflichteter Maurer sein. Der Minimalkonsens vom Großen Baumeister hatte die Dogmen der Offenbarungsreligion verdampfen lassen: ein revolutionärer Ansatz, der Kirche und Könige von Gottes Gnaden alarmierte. Die Logenbrüder trafen sich in geheimen Gesellschaften, was das Misstrauen der staatstragenden Kräfte von Thron und Altar erhöhte.

Päpstliche Verbote

Die rasche globale Verbreitung der Logen beantworteten staatliche Autoritäten mit Repression. Ein erstes Verbot wurde in den Niederlanden verhängt. Die calvinistische Genfer Obrigkeit untersagte die Freimaurerei als „hohe Schule des Unglaubens“. Als auch in Rom eine Loge gegründet wurde, verbot Clemens XII. 1738 die „religiöse Sekte“ – eine Schublade, in die Rom die Freimaurer schob, obwohl sie naturethische Maximen vertreten. Bis 1918 wurden über ein Dutzend päpstliche Verbote in Bullen und Allokutionen ausgesprochen. Nach kanonischem Recht wurde notorischen Loge-Katholiken ein kirchliches Begräbnis verweigert. Erst das Zweite Vatikanische Konzil machte sich den freimaurerischen Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit zueigen in einer Welt, wo es keine katholischen Milieus zu verteidigen, sondern Gespräche mit anderen Religionen und Ideologien zu suchen galt.

Besonders leidenschaftlich wogte der Kampf zwischen Kirche und Freimaurerei in den romanischen Ländern. In Italien stellte sich der Apostolische Stuhl gegen die nationale Bewegung und suchte Rückhalt bei restaurativen Monarchien in der An-

nahme, allein als Souverän des Kirchenstaats Unabhängigkeit zu wahren. Das Papsttum verfeindete sich mit den führenden Köpfen des *risorgimento*, die meist Logenbrüder waren – von Cavour und Victor Emanuel II. bis zu Mazzini und Garibaldi. Pius IX. ließ christlichen Antisemitismus aufleben, als er den Freimaurertempel „Synagoge des Satans“ nannte. Die Faschisten spannen die Lüge von der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung fort. Als Mussolini im Oktober 1925 die Logen in Florenz einäscherte, begrüßte sein Bewunderer Hitler „das Verbot der freimaurerischen Geheimgesellschaft ... ohne Rücksicht auf das Gezische der jüdischen Welthydra“. Die Maurer in Frack und Zylinder wurden von totalitären Regimen verfolgt.

Selbst der Diplomat Leo XIII. wettete gegen die Freimaurerei. Der Papst schenkte allzu lange einem Betrüger Glauben, der als ausgestiegener Logenbruder unter dem Pseudonym Léo Taxil einen phantastisch fiktiven Satanskult der Loge anlaster. In der Dreyfuss-Affäre stand der Episkopat in Frankreich hinter der militärischen Führung, die ihren Justizskandal um den zu Unrecht verurteilten Offizier mit der Mär einer jüdisch-freimaurerischen Verschwörung zu vertuschen suchte – militanter Laizismus die Antwort, als das Ärgernis langwierig aufgearbeitet wurde. In der Zwischenkriegszeit schufen die Freimaurer Stresemann und Briand eine erste Verständnisbrücke zwischen den „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich.

Das Konzil hat der Kirche die Augen für Menschenrechte und Religionsfreiheit geöffnet. Auch mit Freimaurern entfaltete sich ein Dialog, empfohlen von Kardinal König; das Ergebnis war die „Lichtenauer Erklärung“ 1970: Darin wurde „in Ehrfurcht vor dem Großen Baumeister des Universums“ beklagt „die zunehmende, weltweite Bedrohung“ von Religionen „durch Verneinung der Menschenwürde und Menschenrechte“. Enttäuschend war für die Freimaurer, dass die Deutsche Bischofskonferenz eine doppelte Mitgliedschaft in Kirche und Loge wegen des relativistischen „freimaurerischen Wahrheitsbegriffs“ ausschloss – ein Verbot ohne kirchenrechtliche Folgen, das die Glaubenskongregation bestätigte. ●

Noch gibt es Vorbehalte

Erstmals konservative Rabbinerin in Deutschland ordiniert

Von Rocco Thiede

Berlin Noch nie wurde in Deutschland eine konservative Rabbinerin ordiniert. Deshalb war es eine Premiere, als am 18. Juni im Großen Saal des Gemeindehauses der Jüdischen Gemeinde zu Berlin das *Zacharias Frankel College* seine erste Absolventin zur Rabbinerin zum geistlichen Amt bestellte. Die bisher einzige konservative Gemeinde-Rabbinerin in Deutschland, Gesa Shira Ederberg von der Synagoge Oranienburger Straße in Berlin, wurde 2002 in Jerusalem ordiniert.

Nizan Stein Kokin, Jahrgang 1974, stammt aus Ittersbach in Baden-Württemberg und hat ihre Ausbildung als erste Absolventin des konservativen/Masorti Rabbinerseminars an der *School of Jewish Theology* der Universität in Potsdam abgeschlossen. Der hebräische Begriff „Masorti“ bedeutet „traditionell“, und Gläubige, die sich dieser Ausrichtung des Judentums verbunden fühlen, stehen zwischen dem liberalen und dem orthodoxen Zweig ihrer Religion. Rabbiner Zacharias Frankel (1801-75), dessen Namen das College in Berlin trägt, gilt vielen als Vordenker des Mittelwegs zwischen jüdischer Orthodoxie und klassischer jüdischer Reformbewegung. Er war Gründungsdirektor des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau, das von 1854 bis 1938 bestand.

Die Frauenordination ist im Judentum international seit Jahrzehnten üblich. Gegenwärtig gibt es etwa 1.000 Rabbinerinnen weltweit – davon etwa 40 in Europa, und in den jüdischen Gemeinden in Deutschland wirken aktuell sieben Frauen im geistlichen Amt. Deutschland war wegweisend bei der Frauenordination im Judentum. Weltweit erste ordinierte Rabbinerin war die Berliner Regina Jonas. 1935 erhielt sie ihre *Smicha*, doch 1944 wurde sie im KZ Auschwitz-Birkenau umgebracht. „Regina Jonas war Anfang 40, als sie in Auschwitz ermordet wurde. Für mich hat das einen ganz persönlichen Bezug, weil ich auch gerade Anfang 40

bin, und ich hoffe, dass ich im Seelischen oder im Persönlichen in ihre Fußstapfen treten kann“, sagt die neue Rabbinerin Stein Kokin.

Stein Kokin studierte zehn Semester Judaistik und lebte in dieser Zeit sieben Jahre lang in Israel. Danach war sie als Lehrerin in jüdischen Religions-schulen in den USA beschäftigt. Sie spricht neben Englisch und Deutsch auch fließend Hebräisch. Bewusst hat sie sich gegen eine akademische Karriere entschieden – auch mit Blick auf ihren amerikanischen Mann, einem Juniorprofessor für Judaistik, und ihre zwei schulpflichtigen Töchter. Rabbinerin wollte sie auch werden, weil sie einerseits die jüdischen Gottesdienste und die Liturgie wichtig findet und andererseits aktiv im Gemeindeleben für die Menschen mitwirken will. Im Gespräch mit KNA-ÖKI betonte sie: „Ich mache das, weil ich Gott, die Tora und das jüdische Volk liebe.“ Zu den Schwerpunkten ihrer Rabbinerinnen-Ausbildung in Potsdam, Berlin und Los Angeles zählten Bibel- und Talmudstudium, jüdisches Gesetz und Brauchtum sowie die praktische Ausbildung mit Seelsorge-seminaren. In die USA wird die neue Rabbinerin nach ihrer Ordination erst einmal zurückkehren, weil sie dort ein interessantes Jobangebot erhielt.

Offensichtlich haben es Rabbinerinnen in den jüdischen Gemeinden Deutschlands noch schwer akzeptiert zu werden. Rabbiner Walter Homolka vom Abraham Geiger Kolleg, der zugleich Geschäftsführer des *Zacharias Frankel College* ist, meint dazu: „Ich glaube, dass es Frauen in jüdischen Gemeinden schwer haben. Aber die Gleichberechtigung der Frau schreitet auch bei uns voran. Diejenige, die sich für diesen Beruf entscheidet, muss sich darüber im Klaren sein, dass sie einen schweren Weg geht. Unser Ziel ist natürlich, dass das Rabbinat kein Prekariat wird, sondern dass Frauen diesen Beruf auch glücklich ausüben.“ ●

Özdemir enttäuscht über Teilnehmerzahl bei „Nicht mit uns“-Demo

Berlin/Köln Grünen-Spitzenkandidat Cem Özdemir hat sich enttäuscht gezeigt, dass die von Muslimen organisierte Anti-Terror-Demonstration in Köln am 17. Juni deutlich weniger Teilnehmer als erwartet verzeichnete. „Es ist gut, dass diese Demonstration stattgefunden hat, auch wenn ich mir ein kraftvolles Zeichen erhofft hätte“, sagte er der „Welt“. „Ditib hat hier mit seiner fadenscheinigen Absage eine Chance verpasst, mit anderen gemeinsam ein Statement für ein friedliches Miteinander und gegen islamistischen Terror zu setzen“, erneuerte der Grünen-Parteichef seine Kritik am deutsch-türkischen Moscheeverband. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu, zeigte sich hingegen zufrieden. „Die erwarteten zehntausend Teilnehmer waren eine überzogene Zahl“, sagte er der „Heilbronner Stimme“. „Auch die Teilnahme anderer Organisationen hätte die Zahl nicht nach oben korrigiert, weil gerade viel mehr über die Deutungshoheit diskutiert wird als über die Notwendigkeit, endlich gemeinsam gegen Terror und Gewalt Zeichen zu setzen.“

Die neue schwarz-gelbe Koalition in NRW kündigte unterdessen an, sie wolle die Zusammenarbeit mit den muslimischen Organisationen auf den Prüfstand stellen. „Wir brauchen eine knallharte Auseinandersetzung mit den Verbänden, die bisher die Integrationspolitik gemacht haben“, erklärte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Joachim Stamp in Essen. Besonders mit der Ditib könne die bisherige Kooperation so nicht fortgesetzt werden. Dies habe auch der Ditib-Boykott bei der Kölner Demonstration gezeigt. Ditib, die größte islamische Dachorganisation in Deutschland und weisungsabhängig von der staatlichen Religionsbehörde in der Türkei, hatte unter Verweis auf den Fastenmonat Ramadan mitgeteilt, dass sie nicht zur Teilnahme aufrufen wolle.

An der Demonstration in Köln unter dem Titel „Nicht mit uns“ nahmen laut Mitinitiatorin Lamya Kaddor rund 3.000 Demonstranten teil, Beobachter sprachen lediglich von rund 1.000. Ursprünglich war mit bis zu 10.000 Muslimen und Bündnispartnern gerechnet worden. Kaddor zeigte sich trotzdem

zufrieden. „Wenn wir damit einen Anstoß für weitere Initiativen und Demonstrationen geben konnten, ist mir egal, wie viele da waren“, erklärte sie. Sie verteidigte auch den Aufruf im islamischen Fastenmonat Ramadan. „Wir arbeiten im Ramadan. Wir machen Sport im Ramadan. Also können wir auch auf die Straße gehen“, sagte die liberale Religionswissenschaftlerin. Es gehe gar nicht darum, sich ständig und dauernd von den Islamisten distanzieren zu müssen. Die muslimische Gemeinschaft müsse es schaffen, diejenigen an den Rand zu drängen, die meinten, im Namen der Religion töten zu dürfen. ●

Österreichs Imame unterzeichnen Deklaration gegen Terrorismus

Wien Die Islamische Glaubensgemeinschaft Österreich (IGGiÖ) bezieht Stellung gegen Terrorismus. Alle 312 Imame der Gemeinschaft unterzeichneten am 14. Juni in Wien-Floridsdorf, dem Standort der größten Moschee Österreichs, eine Erklärung gegen Terror und Extremismus. Darin werden terroristische Akte im Namen des Islam weltweit verurteilt und zugleich die Muslime in Österreich zu aktiver gesellschaftlicher Integration aufgerufen. „Eine Religion, die für Frieden steht, kann keine fundamentalistischen, terroristischen oder radikalen Züge haben“, betonte IGGiÖ-Präsident Ibrahim Olgun bei der Präsentation. Ausdrücklich warnen die Imame vor einer „pauschalierten Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung und antimuslimischem Rassismus in Österreich“. Stigmatisierungen böten einen „perfekten Nährboden“ für „extremistische Tendenzen in vielen Teilen der Gesellschaft“. In der aktuellen Situation sei es daher wichtiger denn je, „klar zu differenzieren, um religiöse Minderheiten vor populistischem Missbrauch und Anfeindungen zu schützen“. Die Deklaration, die an sämtliche Parlamentarier, die Medien sowie die anderen Religionsgemeinschaften übermittelt wird, soll nicht die letzte Aktion dieser Art bleiben. Für den Sommer ist eine Menschenkette vom Islamischen Zentrum zur nächsten katholischen Pfarrei geplant. ●

Neue liberale Moscheegemeinde unter Polizeischutz eröffnet

Berlin Unter Polizeischutz und großem Medieninteresse ist Berlins neue liberale Ibn Rushd-Goethe Moscheegemeinde eröffnet worden. In einem Raum der evangelischen Sankt Johanniskirche im Stadtteil Moabit hielten Mitglieder verschiedener muslimischer Konfessionen ein gemeinsames Freitagsgebet ab. Die Initiative zu dem Projekt kommt von der Berliner Anwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ates. Nach ihren Angaben ist es die erste Moscheegemeinde bundesweit, in der Frauen predigen dürfen. In den bestehenden Moscheen sei dies in Deutschland bislang nicht erlaubt. Ähnliche Projekte gibt es jedoch bereits in Großbritannien und den USA.

Superintendent Bertold Höcker erklärte, der Evangelische Kirchenkreis Stadtmitte wolle mit der Gastfreundschaft für die Moscheegemeinde eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit Muslimen fortsetzen und einen „weiteren Meilenstein“ setzen. Die Pfarrerin an der Sankt Johanniskirche, Sabine Röhm, räumte ein, dass die Aufnahme der Moscheegemeinde in der Kirchengemeinde „kontrovers diskutiert“ werde. So gebe es „Ängste, dass ein Sicherheitsleck entstehen könnte“. Auf Flugblättern kündigten Gemeindemitglieder den Kirchenaustritt an.

Befürchtungen gebe es auch bei den muslimischen Sympathisanten der neuen Gemeinde, so Ates. „Viele sind abgesprungen aus Angst, dass etwas passieren könnte“, sagte die Autorin. Zur Zahl der Gemeindemitglieder machte sie keine Angaben. Ates erklärte jedoch, dass unter ihnen Sunniten, Schiiten, Aleviten und Sufis seien. Die Gemeinde sei auch für Anhänger weiterer muslimischer Konfessionen offen. Zudem suche sie Kontakte zu anderen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen: „Bei uns wird niemand verteufelt, auch wenn er nicht an Gott glaubt.“ Die Moscheegemeinde wolle „gegen islamistischen Terror Gesicht zeigen“ und den Frieden zwischen Religionen fördern. Der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi (Freiburg/Breisgau) vom Trägerkreis der Moscheegemeinde sagte, Ates gebe mit ihrer Initiative einer „schweigenden Mehrheit“ der Muslime eine Stimme.

Die Moscheegemeinde konstituiert sich nach Angaben von Ates als gemeinnützige GmbH, von ihr selbst wird bislang „vieles allein finanziert“. Es gingen jedoch auch zunehmend Spenden ein. Für den Raum in der evangelischen Gemeinde zahlen die Unterstützer ein „Nutzungsentgelt“. Ihre „Vision“ sei, Gebäude mit Gebetsräumen für verschiedene muslimische Konfessionen und mit einem gemeinsamen zentralen Saal zu errichten, so Ates. Als Beispiel dafür nannte sie das in Berlin geplante „House of one“ für Juden, Christen und Muslime, für das ein Architekturauftrag vorliegt. Benannt ist die neue Moscheegemeinde nach dem mittelalterlichen Gelehrten Ibn Rushd (1126-98). Er lebte in Andalusien und Marokko und war ein prominenter Kommentator des griechischen Philosophen Aristoteles. Weiterer Namensgeber ist Johann Wolfgang von Goethe, der für seine Hochschätzung der islamischen Kultur bekannt ist. ●

Mazyek wirbt für neues „Wir“-Verständnis gegen Extremismus

Frankfurt Muslime müssen nach Einschätzung des Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Aiman Mazyek, Extremismus in den eigenen Reihen entlarven. Dies könne jedoch nur im Verbund mit einem neuen Verständnis von „Wir“ wirksam sein, betonte er in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Es helfe dagegen Terroristen, wenn alle Muslime unter Generalverdacht gerieten. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) forcieren eine Ausgrenzung von Muslimen in westlichen Gesellschaften. Es sei ein „Ammenmärchen, wenn jemand behauptet, wir Muslime würden nicht Gesicht zeigen“, so Mazyek unter Verweis auf Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen. Er könne es Nichtmuslimen jedoch nicht verdenken, wenn diese „von jedem Muslim erwarten, sich vom muslimisierten Terrorismus zu distanzieren. Sie sehen unsere Bemühungen meist nicht, lesen wenig oder kennen unsere unzähligen Verurteilungen zum Terrorismus nicht – auch weil diese Stellungnahmen nicht im Zentrum der Berichterstattung stehen.“ ●

Prof. Dr. Erich Gräber, emeritierter Professor für Neues Testament an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn, ist am 2. Juni im Alter von 89 Jahren gestorben. Mit seinem katholischen Kollegen Helmut Merklein (1940-99) leitete er ein damals noch ungewöhnliches und wegweisendes evangelisch-katholisches Oberseminar.

Thomas Schiller (53), seit 1999 Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes (epd), wird Kommunikationschef der Diakonie. Vom 1. August an leitet er die Kommunikation der Diakonie Deutschland und führt deren Zentrum Kommunikation in Berlin.

Helmut Matthies (76), seit 1978 Leiter der evangelischen Nachrichtenagentur idea (Wetzlar), tritt zum Jahresende in den Ruhestand. Nachfolger wird der seit 2006 in Leipzig tätige idea-Redakteur **Matthi-**

as Pankau (40), der auch ordiniertes Pfarrer im Ehrenamt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens ist.

Bischof Geoffrey Rowell, früherer anglikanischer Bischof von Gibraltar und Europa (2001-13), ist am 11. Juni im Alter von 74 Jahren gestorben. Als Bischof war er nicht nur für die Anglikaner der Kirche von England in Gibraltar zuständig, sondern für alle Anglikaner auf dem europäischen Festland. Zudem war er Assistenzbischof der Altkatholischen Kirche in Deutschland und Koadjutor von Bischof Dusan Hejbal der tschechischen Altkatholiken.

Ruth Gütter, Dezernentin für Diakonie und Ökumene der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, übernimmt am 1. August das neu eingerichtete EKD-„Referat für Nachhaltigkeit“. ●

DIE WICHTIGSTE PUBLIKATION ZUR ÖKUMENE IN DEUTSCHLAND

Nachrichten und Hintergründe aus der Christlichen Ökumene

Alles zum aktuellen Dialog der Religionen

Interviews, Dokumentationen, Personalien, herausragende theologische Äußerungen

Akademie- und Kongressberichte Buchvorstellungen

Auch als E-Paper erhältlich

Jede Woche neu

Weitere Infos auf www.kna.de
Tel.: 0228 – 26000-252
E-Mail: vertrieb@kna.de

4. April 2017

ÖKUMENISCHE INFORMATION

Nachrichten und Hintergründe aus der Christlichen Ökumene und dem Dialog der Religionen

„Laboratorium der Ökumene“

Bedford-Strohm: Papst lässt Ende der Spaltung er

Seite 3

ACK-Kirchen würdigen Erklärung zur wechselseitigen
Taufanerkennung

Seite 5

„Nicht nur Martin Luther“

Engels zum Beitrag der Reformierten im Gedankjahr

Seite 9

Erdogan droht „Kreuzrittern“

Vor dem Referendum werden alte Feindbilder reaktiviert

Seite 11

Gemeinsam für Gleichstellung

UN-Kommission: Positive Rolle religiöser Gruppen

Seite 16

14
NUR FÜR KURZE ZEIT:
Einmaliges Angebot zum
Reformationsjahr 2017

GRATIS-AUSGABE oder
SCHNUPPERABO

6 Ausgaben zum Preis von 4.
Einmalig knapp 16,- € sparen.

oder
JAHRESABO zum **Vorzugspreis.**

Jährlich über 84,- € sparen.
(48 Ausgaben im Jahr für
mtl. 24,90€ statt 31,91€)

Orthodoxie und Menschenrechte

„Keine sichere Realität, sondern eine bleibende Aufgabe“[*]

Von Patriarch Bartholomaios I.

Die Menschenrechte werden zu Recht als eine der größten politischen Errungenschaften in der Geschichte der Menschheit, als ein entscheidender Schritt unterwegs zu einer freieren, gerechteren und menschlicheren Welt betrachtet.

Nach einer Kette von politischen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Krisen im Westen betraten die Menschenrechte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution die Weltbühne. Seit ihren klassischen Deklarationen (1776 und 1789) standen die Menschenrechte, mehr oder weniger ausdrücklich, im Zentrum der politischen Aktualität. Sie waren eine dynamische Wirklichkeit, die den großen Herausforderungen, welche mit den Lebensbedingungen der Moderne verknüpft waren, antworten konnte, als ein wertvolles Instrument politisch-rechtlicher Humanität, als Ariadne-Faden aus den dunklen Labyrinthen der Zeit. Die eigentliche Epoche der universalen Menschenrechte beginnt mit ihrer Allgemeinen Erklärung durch die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948. Sie ist ein echtes humanistisches Manifest, nach der größten Katastrophe in der Geschichte der Menschheit im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Die Menschenrechte treten hier auf mit dem Anspruch, „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“ zu sein (Präambel).

In unseren Tagen der terroristischen Anschläge, der globalisierten wirtschaftlichen Krise und den Ausweglosigkeiten eines Pluralismus, der sich nicht bloß auf die Multikulturalität bezieht, sondern auch die ständig abnehmende Übereinstim-

mung über Werte und Ziele, über Ehe und Familie, über Abtreibung und Euthanasie, über Erziehung und Bildung, über Gut und Böse und die damit zusammenhängende Schwierigkeit einer gemeinsamen Wertorientierung mit sich bringt, bieten sich die Menschenrechte als Instrument für die Lösung vieler Probleme und für die Bewältigung der weltweiten Krise der Freiheit an. Die Auswirkungen der modernen Kultur und die Risiken des „Technopols“ (N. Postman) verlangen – in globalem Maßstab – neue Antworten, die nicht mehr auf der Basis tradierter ethischer Prinzipien gegeben werden können und für welche die Menschenrechte sich als Stütze anbieten. Sie werden sich vielleicht erinnern, dass Jürgen Habermas bei seinem Besuch in China nach der Wende die Menschenrechte auch als Lösung der politisch-sozialen Probleme in diesem riesigen Land vorgeschlagen hatte.[1] Heiner Bielefeldt konstatierte zu Recht: „Die Auswirkungen der Moderne zeigen sich heute zunehmend in globalem Maßstab. Dies gilt auch für die Krisen und Risiken moderner Zivilisation, die sich allein mit dem Rückgriff auf traditionelle Ethosformen bzw. traditionelle politisch-rechtliche Institutionen nicht mehr bewältigen lassen (...). Die zunächst im Westen gefundene menschenrechtliche Antwort auf die Krisen der Moderne scheint schon aufgrund analoger Unrechts- und Krisenerfahrungen in vielen Gegenden der Welt heute unumgänglich geworden zu sein“.[2]

Im Gedächtnis von Völkern und Individuen sind die Menschenrechte ohnehin das Symbol des Kampfes um Menschenwürde, um Freiheit und Gerechtigkeit, sie sind Zeichen der Hoffnung für eine bessere Zukunft für die Menschheit. Die Menschen wissen, dass Freiheit und Frieden kein selbstverständliches Resultat der ökonomischen Entwicklung, der Erhöhung des Lebensstandards und der Fortschritte von Wissenschaft und Technik sind.

[*] Vortrag am 1. Juni 2017 in der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Berlin. Der Text wurde zuerst auf der Homepage der KAS veröffentlicht.

I.

Seit ihrem Aufkommen waren die Menschenrechte mit dem Widerstand der christlichen Kirchen konfrontiert. „Es gibt kaum eine Entwicklung des modernen Geistes, die nicht zunächst auf den Widerstand der Kirchen und der Theologie gestoßen wäre“, [3] sagt Jürgen Moltmann. Für Kirche und Theologie waren die Menschenrechte „der Ausdruck einer heillosen Selbstmächtigkeit des Menschen“, [4] ja ein Abfall vom Christentum.

Es musste viel Zeit vergehen und verlorengehen mit großer Animosität und gegenseitigen Verdächtigungen. Erst nach den katastrophalen Folgen und der unbeschreiblichen Inhumanität des zwanzigsten Jahrhunderts geschah es, dass die westlichen Kirchen die humane Zielsetzung der Menschenrechte zur eigenen Sache machten. Heute gehören die Menschenrechte zum Kern des kirchlichen Zeugnisses in der Welt, wie auch Konrad Hilpert konstatiert: „Es kann kein Zweifel bestehen: Die gegenwärtige Katholische Kirche sieht in der Beachtung und Verwirklichung der Menschenrechte ein zentrales Anliegen ihres eigenen Wirkens. Diese Feststellung gilt auch für die evangelischen Kirchen und die großen ökumenischen Bünde wie den Ökumenischen Rat der Kirchen und den Lutherischen Weltbund“. [5]

In unseren Tagen sind die Menschenrechte erneut mit der Religion konfrontiert, diesmal mit den nichtchristlichen Religionen. Sicherlich ist die Begegnung dieser Religionen mit den Menschenrechten keine leichte Sache. Die Menschenrechte gehören nicht zum traditionellen Gut der Religionen, obwohl von ihnen große Impulse zur Begründung und zum Schutz der Menschenwürde ausgegangen sind. Es wurde gesagt, dass die Menschenrechte die größte Herausforderung und das schwierigste Problem sind, mit dem sich die Religionen bis heute auseinanderzusetzen hatten, obwohl doch die gemeinsame Sorge um die Würde des Menschen, trotz der Unterschiede in der Begründung dieser Würde, Religionen und Menschenrechtsbewegungen eigentlich miteinander verbindet.

Die wichtigsten Argumente der nichtchristlichen Religionen gegen die Menschenrechte sind folgende:

a) Die Menschenrechte sind in Westeuropa und Nordamerika entstanden. Folglich sind sie westliches Kulturgut und sind an die Grundvoraussetzungen der westlichen politischen Kultur gebunden. Ihre behauptete universale Geltung ist die neue Form des

– Die Menschenrechte sind ein Instrument zur Überwindung von weltweiten Krisen, weil sie für den Kampf um Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit stehen.

– Die Vorbehalte von nichtchristlichen Religionen gegenüber den als christlich und westlich verstandenen Menschenrechten können im interreligiösen Dialog überwunden werden.

– Bedenken einiger orthodoxer Kirchen gegenüber den Menschenrechten beziehen sich auf die Gefahr, dass individuelle Rechte individualistisch verengt werden könnten.

– Der Beitrag der Orthodoxie zur europäischen Identität liegt in der „Kultur der Person“. Die darin liegenden Kräfte können Menschen zur Solidarität motivieren und im Kampf gegen Ungerechtigkeit anspornen.

– Eine differenzierte Haltung der Orthodoxie gegenüber der Moderne ist notwendig. Sie muss die soziale Dimension betonen, wie sie in der dritten Generation der Menschenrechte stehen.

– Alle Christen müssen ein gemeinsames Zeugnis für Menschenrechte mit der Betonung von Solidarität und Nächstenliebe gegenüber einer säkularen Welt geben.

westlichen Hegemoniestrebens, ein Kulturimperialismus des Westens. Dem Westen wird Hypokrisie und Zynismus in der Benutzung der Menschenrechte vorgeworfen. Diese würden politisiert und ständig für staatliche Interessen missbraucht.

b) Die Menschenrechte tragen das Siegel des Christentums, auch wenn sie sich gegen die Kirchen gewendet haben und die Kirchen sie anfänglich ent-

schieden abgelehnt haben. Diese Menschenrechte sind eine sublimale Form christlicher Mission, das trojanische Pferd der christlichen Welt.

c) Die Menschenrechte sind Ausdruck eines individualistischen Menschenbildes, welches die anthropologischen Grundlagen der gemeinschaftszentrierten Kulturen sprengt und für die Angehörigen dieser Kulturen eine ungeheure Provokation und einen Ausdruck von Respektlosigkeit darstellt. In ihren Augen haben die Menschenrechte in der ganzen Welt mehr Probleme produziert als sie gelöst haben.

d) Die Menschenrechte verkörpern einen Säkularismus und Anthropozentrismus, die mit der Theozentrik und der Kosmozentrik nichtwestlicher Kulturen inkompatibel sind. Es wird auch unterstrichen, dass die Menschenrechtsbewegungen Verbündete des Atheismus waren und noch sind.

Was wir dazu an dieser Stelle sagen wollen, ist, dass für den Weg der Menschenrechte viel von der Haltung der Religionen ihnen gegenüber abhängig ist. Keine Lösung kann hier ohne den Dialog der Religionen mit den Menschenrechten gefunden werden. Dieser wird von dem interreligiösen Dialog gestützt. Dialog ist auch hier das Vehikel der Überwindung von Misstrauen und der Kultivierung von Offenheit und Kooperation.

II.

Die Herausforderung der „Menschenrechte“ betrifft auch die Orthodoxe Kirche. Die Haltung der vierzehn Orthodoxen Autokephalen Kirchen gegenüber den Menschenrechten ist nicht einheitlich. Leider gibt es in der Orthodoxen Welt Kreise und Personen, welche die modernen Menschenrechte als Gefahr für unsere orthodoxe Identität betrachten. Ihnen gelten die Menschenrechte pauschal als „Fundamentalismus der Moderne“, und das Gespräch mit und über Menschenrechte erscheint als ein „importierter Diskurs“. Diese Personen und Kreise tun aber sowohl den Menschenrechten wie auch der Orthodoxie Unrecht. Denn dadurch wird jede Möglichkeit verbaut, dass die Orthodoxe Kir-

che und Theologie einen positiven Beitrag zum Thema „Menschenrechte“ leisten kann. Das ist aber eine Weise der Selbstmarginalisierung. Damit werden gängige Klischees über die Orthodoxe Welt gestützt und ihren Kritikern zusätzliche Argumente geliefert, auf die Identifizierung der Orthodoxie mit sterilem Traditionalismus zu insistieren, sie als eine dem Westen fremde religiöse Kultur anzusehen und den Vorwurf des Orthodoxismus zu erneuern. So finden Einschätzungen der Orthodoxie, wie diejenige Samuel Huntingtons, leichtes Gehör. Er sagte: „Europa endet dort, wo die westliche Christenheit ihre Grenze hat, und dort, wo der Islam und die Orthodoxie beginnen“.[6]

Die Haltung der Orthodoxen Kirchen gegenüber der Moderne und den Menschenrechten muss auf theologische Kriterien gründen. Wir persönlich haben Schwierigkeiten zu verstehen, wie ein zeitgenössischer orthodoxer Theologe meinen kann, seine Haltung gegenüber der Moderne könne nur negativ sein.

Gewiss, die Schwierigkeiten der orthodoxen Kirchen mit den Menschenrechten sind nicht primär theologischer Natur, sondern sie ergeben sich eher aus historischen Kontexten, aus negativen Erfahrungen mit der Modernität. Wir halten diese Schwierigkeiten für überwindbar, zumal die Grundprinzipien der Aufklärung, Freiheit und Vernunft der Orthodoxen Anthropologie nicht fremd sind.

Der Grundbegriff der orthodoxen Anthropologie in der Begegnung mit den Menschenrechten ist der Begriff der Person, der in der patristischen Tradition beheimatet ist und die Schöpfung des Menschen nach Gottes Bild und Gleichnis ausdrückt (Gen 1,26). Das Personsein gibt dem Menschen die höchste Würde, die unveräußerlich ist. „Nichts ist heiliger als die Person.“[7]

Wenn die Orthodoxe Theologie von der *Theosis*, von der Vergöttlichung des Menschen, spricht und ihn als „ζῶον θεοούμενον“, „Wesen bestimmt Gott zu werden“, definiert[8], dann bestätigt sie ihm diesen höchsten Wert und benennt seine wahre Vermenschlichung durch die Gnade Gottes in der Gemeinschaft der Kirche. Nichts kann hier die Ver-

wandlung des Menschen zum bloßen Mittel rechtefertigen. Das ist ein grundlegender Beitrag des Christentums zur Geschichte der Humanität.

Für das Orthodoxe Christentum bedeutet Personsein immer Mitsein, Sein in Gemeinschaft mit anderen Personen. „Eine Person ist keine Person“[9], sagte der Metropolit von Pergamon Ioannis Zizioulas. Damit leistet die orthodoxe Anthropologie Widerstand gegen den individualistischen Eudämonismus und das selbstgefällige Pochen auf „mein Recht“, welches Abgründe öffnet zwischen Mensch und Mensch. Die Enzyklika des Heiligen und Großen Konzils der Orthodoxen Kirche macht mit Nachdruck auf diese Wahrheit aufmerksam: „Der Zugang zu den Menschenrechten von Seiten der Orthodoxen Kirche konzentriert sich auf die Gefahr, dass individuelle Rechte sich in Individualismus und Anspruchsdenken verkehren. Eine derartige Abirring erfolgt auf Kosten des sozialen Gehaltes der Freiheit und führt zu einer deutlichen Transformation der Rechte in Ansprüche des Glücksstrebens wie auch zur Überhöhung der bedenklichen Identifikation von Freiheit mit individueller Willkür als ‚universalem Wert‘, die die Grundlagen sozialer Werte, der Familie, der Religion und der Nation untergräbt und fundamentale moralische Werte bedroht“ (§16).

Darüber hinaus wurde in der „Botschaft“ des Konzils zu Recht betont, dass das orthodoxe Ideal der Achtung der Menschenwürde den Horizont der etablierten Menschenrechte überschreitet und dass „das Größte von allem die Liebe ist (1 Kor 13,13), wie Christus offenbart hat und wie alle Gläubigen, die ihm nachfolgen, es leben“ (§10). Für die Orthodoxe Theologie ist das „höchste Ethos“ die sich opfernde Liebe, also der freiwillige Verzicht auf das eigene individuelle Recht im Namen des Nächsten.

Das bedeutet mitnichten eine Abwertung der Menschenrechte und ihrer Durchsetzung. Im Gegenteil! Der Gläubige hat eine zusätzliche Motivation, sich für die Rechte des Mitmenschen einzusetzen. Wenn man an den höchsten Wert der christlichen Freiheit glaubt, bedeutet das keineswegs, dass man die äußere Freiheit entwertet.

Die Orthodoxie hat einen tiefen Sinn für den sozialen Gehalt der Freiheit. Georges Florovsky sprach von „dem starken sozialen Instinkt“ der östlichen Kirche.[10] Das schärft den Blick der Orthodoxen nicht nur für die individualistischen Verengungen der Menschenrechte, sondern auch für die Gefährdung der menschlichen Individualität, die wesentlich zur Personalität gehört, in den sozialen, ökonomischen, politischen und technologischen Superstrukturen, sowie in dem Gemeinschaftsradikalismus mancher Kulturen. Die Magna Charta der Orthodoxen Christenheit ist die Kultur der Person.

III.

Die Kultur der Person ist auch ein unschätzbare Beitrag der Orthodoxie zur europäischen Identität. Europa ist für uns keine „Kopfgeburt“, sondern eine Vision und eine eindruckliche Version des konkreten „Fortschritts im Bewusstsein der Freiheit“. Von dieser Freiheit sind die Gleichheit und die Brüderlichkeit nicht wegzudenken, was auch im ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Ausdruck findet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen“.

In der *Charta Oecumenica*, die von der Konferenz Europäischer Kirchen – das heißt auch von der Orthodoxen Kirche – und dem Rat der Europäischen Katholischen Bischofskonferenzen unterschrieben worden ist, heißt es: „Weil wir die Person und Würde jedes Menschen als Ebenbild Gottes werten, treten wir für die absolute Gleichwertigkeit aller Menschen ein (...). Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, dass Migranten und Migrantinnen, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden“ (§8).

Menschenwürde, der normative Grund der Menschenrechte, beinhaltet die Dimension der Gleichheit aller Menschen und die Unveräußerlichkeit der fundamentalen Menschenrechte. Deswegen wird der Begriff Menschenwürde in allen menschenrechtlichen Dokumenten nur im Singular gebraucht.[11]

Den menschenrechtlichen Geist Europas brachte auch Dr. Hans-Gert Pöttering mit aller Deutlichkeit zur Sprache, als er sagte: „Wir würden unsere Werte verraten, wenn Stacheldraht, Tränengas, Wasserwerfer und Hundestaffeln unsere Mittel wären, Flüchtlinge von der Europäischen Union fernzuhalten“.[12]

Die europäische Idee kann nicht auf wirtschaftliche Zielsetzungen oder andere pragmatisch-technokratische Orientierungen beschränkt werden. Sie hat auch einen geistlichen, humanistischen und kulturellen Aspekt. Hans Küng sprach seinerseits von einem „ethisch fundierten Europa“.[13]

Für uns selbst ist es von fundamentaler Bedeutung, dass der Geist Europas, zusammen mit der menschenrechtlichen Freiheit, aus jener tiefen christlichen Freiheit, der Freiheit aus Glauben, genährt wird, die sich als selbstlose Liebe äußert. Diese kann im Menschen unendliche Kräfte zur Solidarität mobilisieren und ihn im Kampf gegen die Ungerechtigkeit und für eine menschlichere Welt anspornen.

IV.

Auf dieser Basis möchten wir zum Verhältnis von Orthodoxie und Menschenrechten Folgendes festhalten:

a) Die Begegnung der Orthodoxen Kirche mit den Menschenrechten geschieht im breiteren Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit der Moderne. Das orthodoxe Christentum muss die defensive Haltung gegenüber der Aufklärung endgültig überwinden. Der Geist der Aufklärung ist in sich keine Gefahr für unsere Identität. Wie die totale Ablehnung, so ist auch die totale Bejahung nicht die richtige Haltung gegenüber der Moderne. Eine differenzierte Haltung ist gefragt. Andererseits darf man auch den echten Geist der Aufklärung nicht mit seinen Entstellungen verwechseln. Man kann auch nicht die negativen Seiten und die Ausweglosigkeiten der Moderne ignorieren. Walter Kardinal Kasper bemerkt treffend: „Die Größe der modernen Idee der Freiheit steht außer Frage“. Die Menschen-

rechte, die Toleranz, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst, der Rechtsstaat sind bleibende Errungenschaften, welche christliche Prinzipien weiterentwickeln. „Es gibt aber die Misere und die tiefe innere Ambivalenz der Konzeption der modernen Freiheit. Das sah man nie klarer als heute.“[14]

b) Die anspruchsvolle Aufgabe der Begegnung der Orthodoxen Theologie mit der Moderne erfordert Kenntnisse der zeitgenössischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Ohne Erforschung der modernen Kultur sind Verzerrungen unausweichlich. Eine solche Verzerrung ist die Tendenz, negative Dimensionen der Moderne für ihr Wesen zu halten. Christos Yannaras bezeichnete bekanntlich Orthodoxe Kultur und Modernität als „inkoinzident“, ja als „entgegengesetzte“ Kulturen.[15] Er sagte auch, dass die „Importe aus dem Westen“ in der orthodoxen Welt „zu einer Art kultureller Schizophrenie“ führen.[16]

Eins ist für uns ganz gewiss: Die Tatsache, dass unumgängliche Spannungen zwischen moderner und christlicher Anthropologie zu Dichotomien führen können, bedeutet keineswegs, dass diese Anthropologien inkompatible Größen sind, dass ein Dialog zwischen ihnen nicht möglich und fruchtbar ist. Die anfängliche sterile Kollision von Christentum und Moderne im Westen darf sich auf keinen Fall in der Begegnung der Moderne mit der Orthodoxen Kirche wiederholen.

c) Die Akzentuierung der sozialen Dimension der Freiheit, der sozialen und der Gemeinschaftsrechte bei den Orthodoxen dispensiert uns nicht von der Aufgabe, die individuellen Rechte ernst zu nehmen. Wir insistieren darauf: Eine Sache ist der Schutz des Individuums und etwas ganz Anderes ist die individualistische Verengung der Menschenrechte. Es ist eine falsche Einschätzung des Wesens der Menschenrechte, sie als wesentlich individualistisch zu qualifizieren. Die Wahrheit ist, dass die individuellen Rechte ursprünglich auf die soziale Dimension der Freiheit verweisen. Die sozialen Menschenrechte beinhalten eindeutig den Schutz der Freiheit des Individuums. Auch die Dimensi-

on der Brüderlichkeit oder Solidarität gehört ursprünglich zu den Menschenrechten, etwas, was im Gespräch über die sogenannte „dritte Generation“ der Menschenrechte neue Aktualität gewann.

d) Der Orthodoxie werden häufig ethnozentrische Tendenzen vorgeworfen. Man sollte hier differenzierter vorgehen, denn Fehlentwicklungen in einer orthodoxen Kirche rechtfertigen keine Pauschalurteile über die Gesamtorthodoxie. Unsere These ist, dass das Orthodoxe Christentum in seinem Wesen nicht ethnozentrisch ist. Es ist wahr, dass durch die Teilnahme der Kirche an den Befreiungskämpfen der orthodoxen Völker und durch ihren Beitrag zur Formung und Bewahrung ihrer Identität, bei diesen Völkern eine besonders enge Beziehung zwischen Kirche, Volk und Staat zustande gekommen ist, was als Quelle von Nationalismus erscheinen kann.

Es ist dazu zu bemerken, dass die Orthodoxe Kirche abermals den Ethnozentrismus als unvereinbar mit den authentischen Traditionen der Orthodoxie bezeichnet und verurteilt hat. Wenn der Nationalismus im orthodoxen Kontext auftritt, dann hat er andere Quellen als den orthodoxen Glauben. Die Begegnung mit der Moderne und mit der Menschenrechtskultur ist für die Orthodoxe Kirche eine gute Gelegenheit, ihre übernationalen, universalen Werte herauszustellen.

e) Auch die Orthodoxe Kirche und Theologie müssen endgültig akzeptieren, dass die Menschenrechte eine Errungenschaft der Moderne sind und dass sie säkularen Charakter hatten. Dies bedeutet keineswegs, dass der Beitrag christlicher Prinzipien und Bewegungen zu ihrer Entstehung geleugnet werden darf. Denn die Wahrnehmung des absoluten Wertes des Menschen ist keine Entdeckung der Moderne. Das Engagement für den Respekt vor der Würde des Menschen ist nicht ein bloß humaner Anspruch, es fließt aus der Mitte des christlichen Evangeliums der Liebe. Im Kontext des Christentums sind ethische Imperative Gebote Gottes, womit sie Emphase und zusätzliches Gewicht bekommen.

f) Wir betrachten die Idee der Solidarität als zentral für die Begegnung von Orthodoxie und Menschen-

rechten. Der Begriff Solidarität verweist einerseits auf die christliche Nächstenliebe und Brüderlichkeit, gleichzeitig jedoch ist er mit der modernen Freiheitsgeschichte verbunden und vor allem mit dem Kampf um Gerechtigkeit und Gleichheit. Dies macht die Solidarität zum gemeinsamen Bezugspunkt der christlichen Sozialethik und der modernen Menschenrechtsbewegungen.

Wir können unsere christliche Identität von unserer Identität als moderne Menschen nicht trennen. Für uns alle ist unsere Epoche der Rahmen, in dem wir unser christliches Zeugnis geben müssen. Was heute von der Orthodoxen Kirche erwartet wird, ist, dass sie als positive Herausforderung für den modernen Menschen wirkt, als Ort der Kultur der relationalen Freiheit in einer Gesellschaft der progressiven Entsolidarisierung und des Eudämonismus.

Angesichts der zeitgenössischen großen Herausforderungen sind die christlichen Kirchen und Konfessionen berufen, gemeinsames Zeugnis zu geben. Das macht die innerchristliche Verständigung dringlich. Ein gespaltenes Christentum ist kein überzeugender Vertreter der Solidarität, des Friedens und der Versöhnung und des Schutzes der fundamentalen Menschenrechte.

Epilog

Meine Damen und Herren,

die Menschenrechte werden auch in der Zukunft ein großes Anliegen für die Menschheit bleiben. Weder der fehlende Konsens über ihren Inhalt und ihre Grenzen noch die Leugnung ihres friedensstiftenden Charakters seitens nichtwestlicher Kulturen, noch die Ablehnung ihres universalen Anspruchs, auch nicht ihre Überziehung seitens des modernen individualistischen Eudämonismus, noch ihre Politisierung und Instrumentalisierung und ihr Missbrauch für verschiedene Machtansprüche können ihrer Aktualität Abbruch tun.

Der Beitrag des Christentums zur Entstehung der Menschenrechte und die Haltung der Kirchen ih-

nen gegenüber ist ein breit diskutiertes Thema. Übereinstimmung gibt es bezüglich der christlichen Wurzel der Menschenrechte. Die Menschenrechte wurzeln in der christlichen Kultur, sie setzen das Erbe des Christentums voraus, auch wenn die christlichen Kirchen sich durch ihren revolutionären Impetus gefährdet sahen, sie als prometheischen Aufstand gegen Gott betrachteten und gegen sie ins Feld zogen.

Natürlich kann eine direkte christliche Abstammung der Menschenrechte nicht behauptet werden. Zwischen den Menschenrechten und dem Christentum besteht gleichzeitig Kontinuität und Diskontinuität. Deswegen ist die Spannung zwischen christlicher und moderner Freiheit unaufhebbar. Die optimistische Anthropologie der Aufklärung mit ihrer Sündenvergessenheit, ihrem Rationalismus, Individualismus und Autonomismus kann nicht harmonisiert werden mit der christlichen Anthropologie, die den Menschen von Gott her versteht und seine Freiheit als Geschenk der Gnade sieht.

Die Spannung zwischen den zwei Freiheiten kann sich jedoch positiv für einen fruchtbaren Dialog auswirken. Ohnehin können unsere humanistischen Bewegungen ohne Bezug auf das Christentum nicht recht verstanden werden. Wir halten deswegen die Rede vom „postchristlichen“ Europa für unangemessen, denn sie ignoriert diese Tatsache, dass unsere Gegenwart eine Dimension einer christlich inspirierten Vergangenheit ist, die nicht einfach annulliert werden kann. Die Erwartung einer total säkularisierten Kultur hat sich als utopisch erwiesen. Wir sprechen heute von „postsäkularen Gesellschaften“. In einem total säkularisierten Europa würde auch das Engagement für die Menschenrechte schwächer werden. Hans Maier hat auf die Gefahren des Säkularismus mit Nachdruck verwiesen: „Wissen wir, ob die Kultur des Sozialstaats den Untergang der Nächstenliebe überleben würde? Müsste nicht die Solidarität mit dem Nächsten verschwinden, wenn dieser nur noch der Fremde, der andere wäre, der Konkurrent, ja der Feind? Kann es soziale Verantwortung überhaupt noch geben, wenn das Leben selbst (der ungeborenen Kinder, der Alten u.a.) in Frage gestellt wird? Gibt es

noch Menschenrechte, wenn die Menschheit und ihr Schöpfer in einem ‚Kampf der Zivilisationen‘ aus dem Blick geraten?“. [17]

Wir sind in unserem Vortrag auf die wichtigsten Herausforderungen eingegangen, mit denen die Orthodoxe Kirche heute konfrontiert ist. Es ist für uns sehr wichtig zu betonen, dass die Orthodoxe Kirche keine weltflüchtige Jenseitigkeitsanstalt ist. Sie wusste und sie weiß, ihr Zeugnis in der Welt mutig zu geben, was auch von ihren Gegnern letztlich nicht geleugnet werden kann. Zeugnis geben in der Welt bedeutete aber nie Sich-Identifizieren mit der Welt und mit ihrer Kultur. Wenn das In-der-Welt-Sein der Kirche in ein Von-der-Welt-Sein verwandelt wird, ist weder für die Kirche noch für die Welt etwas Positives gewonnen.

Auch heute darf der Einsatz der Orthodoxen Kirche für die Menschenrechte nicht zur Säkularisierung der Kirche führen. Wie wir Orthodoxe zu sagen pflegen, ist unser Zeugnis in der Welt „liturgische Diakonie“, „Liturgie nach der Liturgie“, und insofern erinnert es ständig an die Grenzen der säkularen Freiheit auf der Basis des Lebens in Christus.

Die Beziehungen zwischen den nichtchristlichen Religionen und den Menschenrechten, von welchen sehr viel für das Zeugnis der Religionen selbst und für die Durchsetzung und den Schutz der Menschenrechte abhängt, werden ein zentrales und schwieriges Thema bleiben. Es ist sehr wichtig für die Verwirklichung der Menschenrechte, dass sie von den verschiedenen Kulturen und Völkern in den Zusammenhang ihrer lebendigen humanen Traditionen integriert werden, natürlich ohne dass dadurch ihre ursprüngliche Orientierung tangiert wird. Religionen müssen in den Menschenrechten auch eigene Werte entdecken und sie als Ausdruck ihres eigenen Zeugnisses in der Welt akzeptieren.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, daran zu erinnern, dass die Menschenrechte keine Gefahr sind für die Gemeinschaft. Sie wenden sich, wir wiederholen es, nicht gegen die Gemeinschaft, sondern gegen ihre Verabsolutierung, gegen den Radikalismus der Gemeinschaft. Indem sie den

Menschen als Individuum schützen, verwerfen sie weder die Gemeinschaft noch verteidigen sie den Individualismus, der die Präferenzen des in sich selbst geschlossenen Menschen, den *homo clausus*, kanonisiert.

Die berechtigte Kritik des westlichen Individualismus darf nicht zur Qualifizierung der Menschenrechte insgesamt als individualistisch führen. Auch die Hervorhebung der sozialen Menschenrechte und der Gemeinschaftsrechte dispensiert die Religionen nicht vom Respekt der individuellen Menschenrechte.

Wie dem auch sei, ohne Bezugnahme auf die Religionen können wir weder unsere Gegenwart verstehen noch uns unsere Zukunft vorstellen. Der Fundamentalismus der Modernität, der die Religion als hinderlich für den Fortschritt ansieht, ignoriert oder verschweigt ihren großen Beitrag zur Kultur. Andererseits ist es inakzeptabel, wenn die Religionen die Menschenrechte, die unsere Welt menschlicher gemacht haben, unterminieren statt sich für ihre Stützung zu engagieren. Die Menschenrechte sind kein selbstverständlicher Ausdruck westlicher Werte. Sie sind vielmehr in einer Zeit formuliert, während deren die westliche Welt eine große Krise durchmachte, markiert vom Absolutismus und von religiösen und sozialen Konflikten. Die Men-

schenrechte wollten auf diese Krise auf der Basis des Schutzes der Würde des Menschen antworten.

Wir möchten auch nicht unerwähnt lassen, dass die heutige Konturlosigkeit der Menschenrechte, die Erweiterung und Überziehung ihres Inhalts vor allem im Westen sowie ihre Verwandlung in private Ansprüche alles Tendenzen sind, die quer zu ihrer ursprünglichen politisch-rechtlichen Zielsetzung stehen. Sie dürfen nicht als Vorwand benutzt werden, um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen und mit ihrem normativen Anspruch zu vermeiden oder sie zu ignorieren.

Gewiss, im Blick auf die heutige Lage der Menschenrechte ist kein Triumphalismus am Platze. Denn zusammen mit den Fortschritten beim Schutz der Menschenrechte gehen ihre Missachtung und ihr Missbrauch weiter. Die Menschenrechte sind heute keine sichere Realität, sondern eine bleibende Aufgabe. Wesentliche Priorität für unsere Kirchen bleibt es auch, gleichzeitig mit ihrem Engagement für die Durchsetzung der Menschenrechte, der Ort jener Freiheit zu sein, deren Kern nicht die Beanspruchung von individuellen Rechten ist, sondern die Liebe und die Diakonie, jene *libertas*, die kein Menschenwerk, sondern Gottesgeschenk ist.

Vielen Dank für Ihre Präsenz und Ihre Geduld! ●

Anmerkungen

[1] „Das geht ans Eingemachte“. Jürgen Habermas über die neue, weltweite Studentengeneration und die Angst der Kommunistischen Partei vor dem Reizthema Menschenrechte, *Der Spiegel*, 30. April 2001, 148-149.

[2] H. Bielefeldt, *Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1998, 38.

[3] J. Moltmann, *Was ist heute Theologie?*, Herder Verlag, Freiburg/Basel/Wien 1998, 15.

[4] W. Huber, *Gerechtigkeit und Recht. Grundlinien christlicher Rechtsethik*, Chr. Kaiser Verlag, Gütersloh 1996, 433.

[5] K. Hilpert, „Die Menschenrechte in Theologie und Kirche“, in: M. Durst/H.J. Münl (Hrsg.), *Theologie und Menschenrechte*, Paulusverlag, Freiburg/Schweiz 2008, 68-112, hier 68.

[6] S. P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, Touchstone Books, London/New York 1997, 158.

[7] J. Zizioulas, *Das Recht der Person*, Akademie von Athen, Athen 1997, 599 (gr).

[8] J. Zizioulas, *Das Recht der Person*, 591.

[9] J. Zizioulas, *Das Recht der Person*, 591.

[10] G. Florovsky, „Das soziale Problem in der Östlichen Orthodoxen Kirche“, in: ders. *Christentum und Kultur*, Pournaras Verlag, Thessaloniki 1982, 165-180, hier 166 (gr).

[11] Vgl. H. Bielefeldt, „Was sind Menschenrechte?“, in: *Una Sancta* 62 (2007), Heft 2, 130-139, hier 132-133.

[12] Dr. Hans-Gert Pöttering, *Buß- und Bettag-Gottesdienst zum Abschluss der ökumenischen Friedensdekade* (Braunschweig, 16. November 2016), Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2016, 7.

[13] Siehe H. Küng, *Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft*, Piper, München/Zürich 1997, 189-194.

[14] Siehe W. Kasper, „L'Eglise et les processus modernes de la liberté“, *Istina* XLIX (2004), Nr. 2, 115-123, hier 115.

[15] Chr. Yannaras, *Die Inhumanität des Rechts*, Domos Verlag, Athen 1998, 134.

[16] A.a.O., 136-137.

[17] H. Maier, *Welt ohne Christentum – was wäre anders?*, Herder Verlag, Freiburg Br. 1999, 148-151.